

Grüne fordern radikale Reform der Pendlerpauschale: Ungerechtigkeit aufgedeckt!

Die Grünen fordern eine Reform der Pendlerpauschale in Wien, kritisieren soziale Ungerechtigkeit und Umweltauswirkungen.



Vienna, Österreich - Die Pendlerpauschale steht in der aktuellen politischen Diskussion wieder verstärkt im Fokus. **Die Grünen** kritisieren die bestehende Regelung als sozial ungerecht und umweltschädlich. Der Verkehrssprecher Lukas Hammer hebt hervor, dass vor allem wohlhabende Pendler von der Pauschale profitieren, während Geringverdiener weniger Unterstützung erhalten. Eine Anfragebeantwortung von Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) offenbart, dass der Anteil der Bezieher mit über 100.000 Euro Jahreseinkommen am Pendlerpauschale in den letzten zwei Jahren drastisch gestiegen ist. So erhielten im Jahr 2022 vier Prozent der Bezieher mit

dieser Einkommensgrenze das kleine Pendlerpauschale, während es 2024 mehr als doppelt so viele waren.

Hammer fordert eine Reform in Form eines steuerlichen Absetzbetrags. Er argumentiert, dass jeder Arbeitsweg unabhängig vom Einkommen gleichwertig sein sollte. Zudem kritisiert er die ungleiche Unterstützung zwischen Autofahrern und Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Autofahrer erhalten bereits ab zwei Kilometern Pendelstrecke Beihilfen, während Pendler, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln reisen, erst ab 20 Kilometern gefördert werden. Dieser Fokus auf das Autopendeln sei nicht nur ungerecht, sondern auch umweltschädlich.

Umwelt- und Klimaschutz im Fokus

Die Diskussion um die Pendlerpauschale wird nicht nur von den Grünen, sondern auch von Institutionen wie dem Umweltbundesamt (UBA) aufgegriffen. Laut einem Bericht des **UBA** stellt die aktuelle Regelung eine klimaschädliche Subvention dar, die Anreize für längere Pendelstrecken schafft und somit das Verkehrsaufkommen erhöht. Der Entwurf einer Erhöhung der Entfernungspauschale von 38 Cent pro Kilometer ab dem ersten Kilometer könnte Pendlern potenziell mehrere Hundert Euro jährliche Steuerersparnis bringen. Experten warnen jedoch, dass eine solche Maßnahme die bestehenden Missstände nicht behebt und einkommensschwächere Haushalte weiterhin benachteiligt.

Hammer bekräftigt die Forderung nach einer Ökologisierung der Pendlerförderung, um die Besserstellung des Autopendelns zu beenden. Im Hinblick auf die steigenden Benzinpreise und die damit verbundenen finanziellen Herausforderungen für viele Pendler sollte die Bundesregierung eine strukturelle Reform der Pendlerpauschale zügig in Angriff nehmen. Der **Agora Verkehrswende** weist auf die Notwendigkeit hin, dass sich die Pendlerpauschale in das Ziel der Reduzierung der Abhängigkeit von Ölimporten einfügen muss, was jedoch nicht erreicht wird, solange klimaneutrale Verkehrssysteme fehlen.

Die kommenden Monate werden entscheidend sein, da die Diskussion über soziale Gerechtigkeit und die Klimawirkung der Pendlerpauschale fortgesetzt wird. Die politischen Positionen könnten sich dabei weiter verschieben, insbesondere wenn die Erhöhung der Pendlerpauschale im Koalitionsvertrag für den 1. Januar 2026 festgelegt ist, jedoch unter dem Vorbehalt der Finanzierung. Eine Einigung darüber, wie Pendler in Zukunft unterstützt werden, ist dabei unabdingbar.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.tagesschau.de • www.agora-verkehrswende.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at